



# INFORMATIONEN ZUR ENDLAGERSUCHE IN DEUTSCHLAND



## kurzer historischer Abriss

- nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima beschloss der Deutsche Bundestag im Juni 2011 den Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie zur gewerblichen Stromerzeugung
- 2023 gingen die letzten Atomkraftwerke vom Netz, übrig bleiben u. a. ca. 1.750 Behälter mit ca. 27.000 m<sup>3</sup> hochradioaktiven Abfällen, die dauerhaft sicher endgelagert werden müssen
- laut Standortauswahlgesetz (StandAG) soll die Endlagersuche ergebnisoffen, transparent, nach gesetzlich festgelegten fachlichen Kriterien und unter Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgen



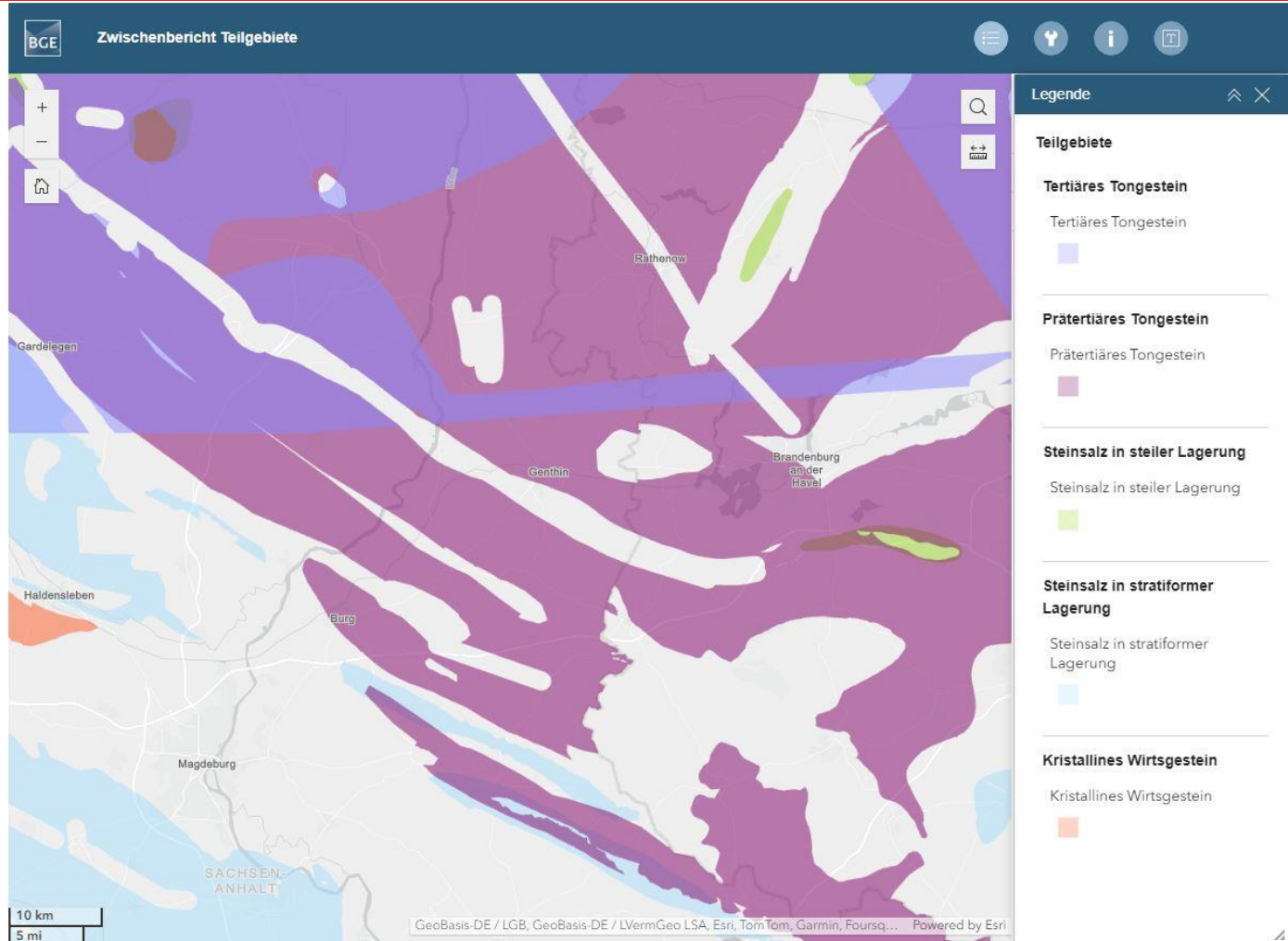
## kurzer historischer Abriss

- das Standortauswahlverfahren begann 2017, in der 1. Phase sammelt die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE), geologische Daten der Bundesländer und wertet diese nach gesetzlich festgelegten Kriterien aus
- am 28.09.2020 hat die BGE einen [Zwischenbericht](#) veröffentlicht
- der Bericht weist 90 Teilgebiete aus, die ca. 54 % des Bundesgebiets umfassen
- dieser Zwischenbericht basiert auf dem reinem Aktenstudium der BGE der in der Bundesrepublik vorhandenen geologischen Daten



# kurzer historischer Abriss

## [Zwischenbericht Teilgebiete](#)





## kurzer historischer Abriss

- die Veröffentlichung des Zwischenberichtes war zugleich der Startschuss für das erste gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsformat: die Fachkonferenz Teilgebiete – diese fand 2021 statt
- nach Abschluss der Beratungen übermittelte die Fachkonferenz ihre [Ergebnisse](#) an die BGE, die diese wiederum bei ihrer weiteren Arbeit zu berücksichtigen hat



# aktueller Verfahrensstand

- das Standortauswahlverfahren befindet sich aktuell in der ersten von drei Phasen
- aktuell arbeitet die BGE an der Eingrenzung der 90 Teilgebiete auf sogenannte Standortregionen - die BGE führt dafür für alle Teilgebiete repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen durch
- bis Ende 2027 will die BGE dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) einen Ergebnisvorschlag zur Prüfung vorlegen
- damit die Arbeit der BGE nachvollziehbar und transparent bleibt, plant die BGE eine jährliche Veröffentlichung von Arbeitsständen



# Ausblick

- am Ende der ersten Phase übermittelt die BGE einen Vorschlag für übertägig zu erkundende Standortregionen an das BASE
- das BASE prüft den Vorschlag und richtet in jeder der vorgeschlagenen Regionen eine Regionalkonferenz ein
- sie sind die wichtigsten Gremien zur Beteiligung der Öffentlichkeit vor Ort und können beispielsweise Stellungnahmen abgeben, Nachprüfaufträge anfordern oder wissenschaftliche Expertise einholen
- am Ende der Beteiligung und Überprüfung übermittelt das BASE den Vorschlag an die Bundesregierung
- welche Gebiete weiter erkundet werden sollen, entscheidet der Bundestag per Gesetz



# Ausblick

- in der 2. Phase finden übertägige Erkundungen in den Standortregionen statt - die BGE untersucht den Untergrund durch Erkundungsbohrungen und seismische Messungen
- auf dieser Basis schlägt die BGE vor, welche Standorte in der dritten Phase untertägig erkundet werden sollen – auch hier prüft das BASE den Vorschlag, abschließend entscheidet wieder der Gesetzgeber
- in der 3. Phase erfolgt eine untertägige Erkundung von mindestens zwei Standorten durch die BGE – am Ende steht ein abschließender Standortvorschlag für den Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit



# Ausblick

- für die Zeit zwischen der Fachkonferenz Teilgebiete und den Regionalkonferenzen schreibt das StandAG keine konkreten Beteiligungsformate vor – deshalb wurde ein Konzept zur Beteiligung bis zu den Regionalkonferenzen erarbeitet
- zwei zentrale Beteiligungselemente des Konzepts sind das Forum Endlagersuche und das Planungsteam Forum Endlagersuche. Letzteres bereitet das Forum vor und stellt den Stand der Arbeiten in öffentlichen Sitzungen zur Diskussion. Das Forum Endlagersuche bietet der interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit, die Arbeitsschritte der BGE zu begleiten. (siehe Infobrief für Kommunen des BASE vom September 2024)



# Ausblick

- das StandAG sah den Abschluss des gesamten Suchprozesses für das Jahr 2031 vor
- die Arbeiten nehmen nach Mitteilung der BGE allerdings erheblich mehr Zeit in Anspruch als bislang kommuniziert - nach optimistischen Annahmen 2046, nach pessimistischen Berechnungen 2068
- das BASE ist mit allen beteiligten Akteuren im Gespräch um das Verfahren zu reflektieren und bei Bedarf anzupassen um nicht noch weiter hinter den genannten Zeithorizont zu fallen
- eine Abschätzung wie sich das Verfahren für den Landkreis Jerichower Land entwickeln wird, ist derzeit nicht möglich, da das Verfahren noch am Beginn steht